



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

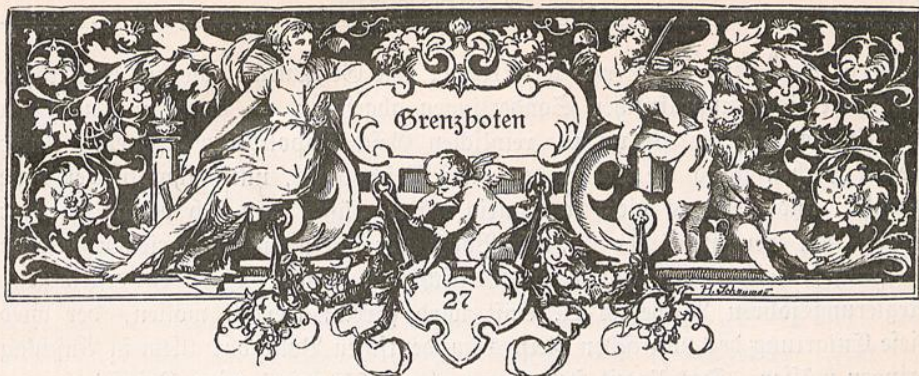
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach der Reichstagswahl

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach der Reichstagswahl



it lautem Dank und außerordentlicher Ehrung ist vor einigen Wochen der alte Reichstag vom Kaiser geschlossen worden. Das war wohl politisch klug und weise und nach der Masse gesetzgeberischer Arbeit am Königsplatz auch äußerlich begründet. Und doch ist noch kein Reichstag aus einander gegangen, der die Unfruchtbarkeit unsers politischen Volkslebens dem Volke selbst und den Regierungen so deutlich vor Augen geführt hätte. Was in erzwungnem Zusammenwirken der Regierungen und des Reichstags in den fünf Jahren Gutes geleistet worden ist, das wird die Geschichte, die ehrlich ist, auf das Konto der Regierungen zu bringen haben, und zwar zum großen Teil auf das des Kaisers allein, der persönlich mit nicht erlahmender Willensstärke und mit klarem Blick das Steuer geführt und den Dampf gegeben hat. Die hoch geehrten Grenzboten aber haben zu Haus dann aufs neue Dank und Anerkennung geerntet vom deutschen Volke, dessen Geschäfte sie so meisterlich und aufopfernd geführt haben, natürlich vor allem in der Opposition gegen den Kaiser und gegen die Regierungen. Und das deutsche Volk hat den neuen Reichstag gewählt, genau so zerfahren und undeutsch, wie der alte war. Der Kaiser und das Reich sind wieder einmal um den Dank des Volks, und das Volk um das Vertrauen zu Kaiser und Reich geprellt worden.

Es war gewiß ein großes, herrliches Erbe, das der Kaiser vor einem Jahrzehnt angetreten hat. Aber schwer lastete auf der Erbschaft der Fluch der unseligen demagogischen Interessenpolitik, die man als einzig wahre Realpolitik dem deutschen Michel aufgeschwagt hatte, der Pseudosozialismus in der Politik, der jedermann den Staatszweck im geschäftlichen Vorteil und Geldgewinn für jedermann zu sehen gelehrt hat, statt allen die Rücksicht auf alle zu lehren. Er hat ganz natürlich die deutschen Grafen wie die deutschen

Bauern, die Fabrikbarone wie die Arbeiter, die Geheimräte wie die Briefträger — von einigen unpraktischen Sonderlingen abgesehen — nach und nach im Prinzip und in der Praxis zu reinlichen Geschäftspolitikern erzogen. Unter diesem Zeichen stand die Politik des alten Reichstages, unter ihm ist der neue gewählt, und wenn es nicht so traurig wäre, müßte man sich beinahe darüber freuen, daß wenigstens der römische Papst, der allein nicht materiellen Gewinn verspricht, noch immer Fische in Deutschland fängt. Wer den ersten zehn Regierungsjahren Wilhelms II. einst wird gerecht werden wollen, der wird diese Entartung des politischen Geistes im deutschen Volke vor allem in Anschlag bringen müssen. Das Urteil steht dann aber auch ganz außer Zweifel.

Es ist lächerlich und unwahr, heute, wie die Sachen nun einmal stehen, den Kaiser bei der Erörterung politischer Fragen grundsätzlich aus dem Spiele lassen zu wollen. Der Bauer, der Arbeiter versteht solches Versteckensspiel nicht; er sieht den Kaiser überall, aber freilich immer nur durch die raffiniert zurecht geschliffne und gefärbte Brille, die die Partei ihm auf die Nase setzt. Gerade angesichts dieser Wahlen muß es aber auch den verschrobnen Köpfen der gebildeten Leute immer wieder mit allem Nachdruck ins Ohr geschrieen werden, daß bei uns in der innern wie in der äußern Politik jetzt alles auf den Kaiser gestellt, und daß von einer Politik des deutschen Volkes, von einer Politik der deutschen Volksvertretung, Gott seis geklagt, überhaupt nichts zu sehen und zu hören ist. Es ist ja für den Augenblick ein großes Glück, daß des Kaisers Hand das Steuer hält, und sein Kurs nur ein Ziel kennt: die Mehrung des Reichs zum Besten des Volkes. Aber kein gebildeter Mann sollte die Unnatur und Gefahr übersehen, die heute und mit jedem Jahre mehr in diesem Stand der Dinge gerade für das Deutsche Reich liegt. Nur mit dem Volk und mit der Volksvertretung kann unser Kaiser die gewaltigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben lösen, die die nahe Zukunft dem Deutschen Reiche stellt. Schon viel zu lange hat die politische Verfahrenheit der Nation und der Mangel der nationalen Politik das Reich nach innen und außen gelähmt und eher zurück statt voran gebracht. Mag der jetzt gewählte Reichstag auch Deutschland noch nicht zu Grunde richten: noch eine, noch zwei solche Reichstagswahlen, und wir stehen aller Voraussicht nach vor der beschämenden Thatsache, daß — nicht etwa die politische Unreife oder Verdorbenheit der nach Millionen zählenden Wählermassen, nicht die Bauern und die Arbeiter, sondern wir, das sogenannte gebildete Element in allen Berufen und Ständen, das kaum aufgerichtete neue Deutsche Reich um seine Zukunft betrogen haben, daß wir, die Vertreter der Geistesarbeit, so stolz auf die neue Zeit und den neuen Geist, uns unfähig und unwürdig erwiesen haben, das, was die Großväter heiß ersehnt und die Väter erreicht, zu verstehen, zu genießen und vor jämmerlichem Verfall zu bewahren. Nur der ehrliche Bruch mit der Politik der Sonderinteressen, des Pseudosozialismus, der Bruch mit der demagogischen Geschäftspolitik der bis-

herigen Parteien, eine wirklich nationale Sammelpolitik der gebildeten Leute um das eine Panier im Reiche, das noch über dem Gelderwerb steht, um das Panier des deutschen Kaisers, kann uns vor dieser Schmach bewahren und dem Reiche die Festigkeit verleihen, die es braucht in den Stürmen der nächsten Jahrzehnte. Denkt man denn auch gar nicht daran, was werden würde, wenn wieder einmal, was Gott verhüte, wie im alten Reiche so oft, eine schwankende, unsichere, ängstliche Hand und ein undeutsches Herz das kaiserliche Steuer führte? Für diese nationale Sammelpolitik gilt es jetzt den deutschen Michel zu schütteln und zu rütteln, bis er aufwacht. Für sie gilt es die Hunderttausende gebildeter Männer in Deutschland fest zu machen sobald als möglich. Mag die neue Mode in der Politik verrückt genug sein, grundsätzlich den Unterschied zwischen Bildung und Unbildung zu leugnen; die gesunde Natur der Bauern und der Arbeiter selbst spottet über diesen Erdgeruchsdüffel, diese Ragenjammerlaune eines abgelebten Materialismus. Der kleine gebildete Teil des Volkes ist's nach wie vor, der die nationale Politik schafft oder vernichtet. Die Bauern, die den Ultramontanen und dem Bunde der Landwirte, und die Arbeiter, die den Sozialdemokraten nachlaufen, sprechen dafür, nicht dagegen.

Natürlich hat diese Sammelpolitik der Zukunft nichts zu thun mit der bekannten Sammelpolitik der letzten Wahlkampagne. Das hochschutzzöllnerisch-agrarische Bündnis, ein echtes Kind der Geschäftspolitik, die alle Geister beherrscht, hat guten Grund, mit den Wahlen zufrieden zu sein. Stellt es sich anders, so ist das wohl auch nur Geschäftsmanöver. Niemand wird doch im Ernst den neuen Reichstag für ungeeigneter als den alten halten, die ihm bevorstehenden wichtigen handelspolitischen Aufgaben ganz im Sinne dieser alten Sammelpolitik zu lösen. Die Mehrheit für die agrarischen Forderungen und für die protektionistische Verschärfung unsrer Wirtschaftspolitik überhaupt ist durch den kleinen Stimmengewinn der Sozialdemokraten und Ultramontanen um so weniger gefährdet, als das Zentrum und wohl auch die Nationalliberalen voraussichtlich noch mehr als bisher jede liberalere Regierung wirtschaftspolitischer Natur tief in ihrem Herzen verbergen werden. Und die Führer der Sammelpolitik der letzten Wahlkampagne wissen ja am besten dem Anwachsen der Sozialdemokratie seine gute Seite abzugewinnen: sie haben seit Jahren das rote Gespenst benutzt, wo immer es galt, die Regierungen ihren Wünschen geneigt zu machen. Wenn schon von einer Niederlage der Sammelpolitik geredet werden soll, so ist die Schluppe, die das Eintreten einzelner Regierungsmänner für den Bund der Agrarier und Hochschutzzöllner der Regierung als solcher in einem gewissen Sinne freilich zugezogen hat, von den Sammelpolitikern selbst als reiner Machtgewinn eigentlich schon vor den Wahlen zu buchen gewesen. Die Sammelpolitik der letzten Wahlkampagne stehen zur Zeit, Gott sei's geklagt, mit den Ultramontanen und den Sozial-

demokraten insofern in Reih und Glied, als sie nichts dringender brauchen, als eine haltlose, schwache Regierung, und sie sind insofern sogar die gefährlichsten Widersacher der Sammelpolitik, die nothut, als sie, durch ihre besondere Stellung in Preußen verleitet, alle Minen springen lassen und alle Scheiterhaufen anzünden, alle Künste ritterlichen Trozes, höfischer Vasallendemut und strenggläubiger Kirchlichkeit spielen lassen werden, um die bisher auch für sie unnahbare Selbständigkeit des kaiserlichen Steuermanns zu brechen. Das neupreußische Junkertum verlangt für seine nächsten Zwecke sehnlicher als irgend jemand nach einem mißtrauisch, unsicher, ängstlich gemachten deutschen Kaiser und König von Preußen.

In einer Festrede hat Professor Schmoller vor einiger Zeit über die Politik der Sammlung, die nothut, Treffliches gesprochen. Alle Gebildeten in ganz Deutschland sollten diesen Sammelruf beherzigen. Es möge bei uns eine Zeit gegeben haben — so sagte er nach den Zeitungen bei der Eröffnungsfeier irgend eines neuen Berliner Preßklubs —, wo die materiellen Interessen vernachlässigt worden seien, wo zu viel Gelehrte in den Parlamenten geseßen, wo die allein regierenden Beamten das praktische Leben und die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht genug gekannt hätten. Im ganzen aber sei Deutschlands ganze geistige und materielle Kultur, sei unser Staatsleben doch nur erwachsen unter der Führung der *homines litterati*, der Lehrer und Geistlichen, der Beamten und Schriftsteller, der Kreise, deren geistige und moralische Interessen über den materiellen gestanden hätten. „Wehe der Zeit — rief der gelehrte Festredner aus —, wo man glauben sollte, diese Kräfte entbehren zu können, wo sie aus der leitenden Stellung verdrängt, ohne Einfluß und Macht nur ein kümmerliches Dasein im Dienste der materiellen Interessen fristen sollten. . . . Man spricht heute viel von »Sammlung«! Ich habe nichts dagegen. Aber wie wärs, wenn wir, die Vertreter der geistigen Interessen, die Führer der liberalen Berufsarten, uns auch einmal sammelten? Warum sollen sich bloß die materiellen Interessen sammeln und in ihrer Sammlung uns, die Leute der Feder, an die Seite drücken?“ Nichts wäre verdienstlicher, als wenn Schmoller und seine Leute die ungeheure politische Macht und Verantwortlichkeit der Vertreter der geistigen und moralischen Interessen den deutschen Staatsmännern und sich selbst wieder zu vollem Bewußtsein brächten. Das sind die Kreise, die, sobald sie sich auf sich selbst besinnen und sich sammeln, im Kaiser den berufenen und bereiten Vertreter ihres eignen Wesens anerkennen müssen, sie sind, deren bisherige Zerfahrenheit ihn der unentbehrlichsten Gefolgschaft beraubt hat, die treu, aber auch wo es sich einmal um einen kaiserlichen Fehler handelt, rücksichtslos offen und uneigennützig zu ihm stehen sollte. Aber sie ist nicht auf die *homines litterati*, die Schmollers Festrede genannt hat, beschränkt, sie ist im Heer und in der Marine ebenso zu finden, wie im sonstigen öffentlichen Dienst, unter den mittlern und Unterbeamten, ebenso wie unter den höhern

und höchsten, und in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft ebenso, wie in den sogenannten liberalen Berufen. Bringen wir nur die sich über das Sonderinteresse grundsätzlich erhebende politische Bildung erst wieder zu Ehren, wir werden staunen, welche Fülle uninteressirter Vaterlandsliebe und monarchischer Gesinnung sich unter dem Druck des modernen Parteiwesens und seiner gefälschten Realpolitik verborgen gehalten hat. Die deutsche Natur ist trotz aller demagogischen Gewaltkuren, die sie seit zwanzig Jahren vergewaltigt haben, vornehm geblieben, und die durch und durch unvornehme Interessenwirtschaft läuft dem Deutschen auch heute noch wider die Natur. Der deutsche Michel wird, wenn er nur erst aufwacht, den Demagogen mit Grafenkrone und Schlapphut gleichermaßen, wie sie es verdienen, die Thür weisen.

Wer sammeln will, muß versöhnlich sein. Einseitigkeiten, Übertreibungen, Doktrinarismus und Prinzipienreiterei muß er vermeiden. Aus seiner Haut kann niemand fahren, und unter einen Hut sind alle deutschen Köpfe nun einmal nicht zu bringen. Fest und unerbittlich aber muß er sein gegen die Störenfriede, die böswilligen wie die fahrlässigen. Den Störenfrieden gilt der Kampf!

Wer zu versöhnen, wer zu bekämpfen ist, mag heute im einzelnen unerörtert bleiben. Die Grenzboten haben darüber bisher kein Blatt vor den Mund genommen, und sie werden in der nächsten Zeit das, was sie im Interesse der wahren deutsch-nationalen Sammelpolitik zu sagen haben, ohne Rücksicht nach rechts und links, Punkt für Punkt ihren Lesern darlegen. Hier nur noch einige vorläufige Bemerkungen!

Ganz entschieden zurückzuweisen sind zunächst die schon gemachten Versuche, einen angeblichen neuesten Kurs des Kaisers und der verbündeten Regierungen in der Sozialpolitik für die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen verantwortlich zu machen. Nichts, gar nichts ist von den Regierungen gethan oder unterlassen worden, was die vaterlandslose Politik der Sozialdemokratie entschuldigen oder ins Recht setzen und so den stärkern Zulauf der Arbeiter zur Fahne dieser im vollsten Sinne gemeingefährlichen Volksverderber erklären könnte.

Sonnenklar dagegen sind in dieser Zunahme für jeden gebildeten Mann, der nicht durch die staatswissenschaftliche Modekrankheit blind gemacht ist, die Wirkungen der kathedersozialistischen Bemühungen zu erkennen, die die sozialdemokratische Politik als den Arbeitern heilsam darzustellen suchen. Allein die kathedersozialistische und freisinnige Lehre von der Mauferung der Sozialdemokratie mußte Tausende von Arbeitern dieser in die Arme treiben. Es ist erstaunlich, daß die Wirkung dieser Lehre bei den Wahlen noch so wenig hervorgetreten ist. Zu verlanen ist deshalb unmachtsichtig von den Kathedersozialisten, deren Uneigennützigkeit damit in keiner Weise bezweifelt werden soll, eine größere Zurückhaltung und Bescheidenheit in den Fragen der praktischen Sozialpolitik. Es muß als

eine unverantwortliche Leichtfertigkeit bezeichnet werden, wenn Anhänger dieser Schule seit Jahren den Kaiser und seine verantwortlichen Ratgeber deshalb vor der großen Masse eines antisozialen und arbeiterfeindlichen Gesinnungswechsels bezichtigen, weil der Staat nicht alle in der Stubirftubentheorie gebornen Sozialreformen ohne weiteres gesetzlich verwirklicht hat. Der wissenschaftlichen Arbeit dieser Schule ist dadurch ein agitatorischer, ja teilweise ein demagogischer Charakter verliehen worden, der die Würde der Staatswissenschaft untergräbt und die Versöhnung der von der Sozialdemokratie erfaßten Arbeitermassen mit dem Staat thatsächlich unmöglich zu machen droht.

Ebenso ist entgegenzutreten den Einseitigkeiten und den Übertreibungen in der Wirtschaftspolitik. So wertvoll die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft und einer zahlreichen und zufriednen landwirtschaftlichen Bevölkerung ist, so verlangt doch die Zukunft gerade auch eine ganz besondere Fürsorge für Gewerbe und Handel als die zur Hauptquelle des Unterhalts für die stark zunehmende Bevölkerung und des dringend nötigen Wachstums des Nationalreichtums gewordenen Wirtschaftszweige. Eine gesunde Landwirtschaft ist neben blühendem und fortschreitendem Handel und Gewerbe möglich. Zurückzuweisen sind namentlich alle Versuche, die insbesondere im Osten durch fehlerhafte Spekulationen herbeigeführten übermäßigen Güterpreise durch eine staatlich garantierte Höhe der Grundrente künstlich zu erhalten. Der demagogische Pseudosozialismus hat in dieser Hinsicht besonders schweres Unheil angerichtet. Die Rechtsbegriffe sind dadurch ins Wanken gebracht, die Vornehmheit der politischen Gesinnung untergraben, ja die sittlichen Anschauungen zum Teil schon verwirrt worden.

Trotzdem sind hoffentlich diese Erscheinungen nur als vorübergehende zu betrachten. Der monarchische Geist und die Vaterlandsliebe sind der Masse der preussischen Gutsbesitzer noch keineswegs verloren gegangen, und gerade der Agrardemagogie werden der Kaiser und die Regierung durch Festigkeit und Ernst am leichtesten Herr werden. Am schwersten würde sich aber gerade hier Schwäche und ungerechte Bevorzugung rächen. Die innere Kolonisation hat ein großes praktisches Interesse gewonnen. Aber auch für sie ist der Doktrinarismus eine Gefahr. Die einseitige Schwärmerei für kleinere und mittlere Bauernbetriebe würde im Osten Deutschlands jede höhere Bildung vom platten Lande verschrecken; auch bei der Erhaltung zahlreicher Rittergüter ist eine kräftige Kolonisation im Osten möglich.

Die „Expansion“ wird für die deutsche Nation von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ein immer dringenderes Bedürfnis. Die Weltpolitik des Kaisers und die Flottenverstärkung schafft für sie die unerläßlichen Vorbedingungen.

Eine schwere Aufgabe wird die Gewinnung der zur ultramontanen Fahne schwörenden Deutschen sein. Der Ultramontanismus ist gegen das Deutsche Reich unverföhnlich, aber die Versöhnung der deutschen Katholiken mit dem

Reiche muß möglich werden. Ohne sie giebt es keine nationale Politik des deutschen Volks.

Wo immer Versöhnung noththut, hat der Kaiser die Hand dazu geboten. Das deutsche Volk wirds ihm noch danken lernen. Gebe der Himmel, daß das nicht zu spät geschieht.



Rechtsphilosophische Phantasien eines Laien



iemlich genau vor einem Jahre brachten die Grenzboten einen längern Aufsatz aus der Feder eines erfahrenen Juristen, der sich mit der praktischen Rechtspflege beschäftigte und hierbei zur theoretischen Begründung der aufgestellten Forderungen auch einen Streifzug in das rechtsphilosophische Gebiet unternahm.*)

Wenn ein sachverständiger Mann von Urtheil die von ihm auf seinem Gebiete gemachten Erfahrungen mittheilt, so wird man immer von ihm lernen können. Andre Sachverständige mögen die Ergebnisse seines Nachdenkens und die von ihm aufgestellten Forderungen in Bezug auf ihre Durchführbarkeit prüfen, der Laie kann dabei kaum mitsprechen, da er die Folgerungen, die sich für das praktische Leben ergeben, zu wenig übersehen kann. An dem theoretisch = philosophischen Unterbau läßt sich dagegen auch ohne Erfahrungen in der praktischen Rechtspflege Kritik üben.

1

Die Grundlage jedes Strafgesetzes, wie es auch immer sein mag, ja des Begriffes der Strafe überhaupt ist die Verantwortung des Menschen für sein Thun. Diese Verantwortung hat man grundsätzlich und praktisch wohl noch niemals verneint, denn die Folge davon müßte die Aufhebung der Strafen sein; somit ist diese Verneinung auch theoretisch unhaltbar, denn eine Theorie, die zu absurden Folgerungen führt, ist eben schlechthin falsch.

Das vielbehandelte Problem von der Freiheit oder Unfreiheit des Willens ist in der üblichen Auffassung falsch gestellt und kann darum auch keine befriedigende Antwort finden. Die persönliche Freiheit liegt im menschlichen Bewußtsein; daß aber jede Willensäußerung dem Gesetz der Kausalität unterliegt, kann ebenso wenig geleugnet werden. Schiller läßt seinen Wallenstein sagen:

*) Über den dunkeln Drang nach einem guten Rechtsweg von H. Goldschmidt.